Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird beigestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.	Samstag, 13. November 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weitgehte Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30. bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	46. Folge

Inhalt der Nummer:

Sozialisierung oder Beteiligung am Unternehmen? Von H. Klingspor.
Streiflichter auf die Politik der Sozialdemokraten. II. Von Dr. Schepp, Kreisschulrat, Berlin.
Politik und Wirtschaft. Von Reinhold Georg Quaatz.
Wir Bergleute und die Sozialisierung. Von Bergmann A. Winnefeld, M. d. R.
Das rheinische Zentrum und die rheinische Republik. Von Dr. Karl Mehrmann, Koblenz.
Erste Reichstagung des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften.
Aus Zeit und Welt.
Aus der Partei.

Sozialisierung oder Beteiligung am Unternehmen?

Von H. Klingspor,

Vorsitzender des Wahlvereins der Deutschen Volkspartei für die Kreise Siegen-Wittgenstein.

I.

Die Sozialdemokratie hat in den eineinhalb Jahren ihrer Herrschaft vom November 1918 bis Juni 1920 eine Reihe von Forderungen des marxistischen Programms in einem von den allerschwersten außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Zuckungen heimgesuchten Staat zu verwirklichen gesucht und dadurch unsere Schwierigkeiten aus dem von ihr zum größten Teil mitverschuldeten unglücklichen Kriegsende ins Ungeheure gesteigert.

Der Aufgabe, in dem nach ihren Ansichten umgestalteten Staatswesen weiter die Regierungsgeschäfte zu führen und insbesondere die unerfüllbaren Auflagen des von ihr mitunterzeichneten Schandfriedens von Versailles zu verwirklichen, entzog sie sich, als bei den Wahlen des 6. Juni 1920 ein großer Teil der Wähler ihr den Rücken kehrte. Sie bewies damit einen Mangel an politischer Reife und vaterländischem Verantwortungsgefühl, der in seiner Erbärmlichkeit unserem Volk heute noch nicht hinreichend klar geworden ist.

Geführt von Scheidemann, dem nach Erzberger gewissenlosesten und gefährlichsten Parteipolitiker einer an wirklichen Führern so armen Zeit, zog sie sich auf den parteitaktisch wohl einträglicheren, aber allen staatlichen Verantwortungsgefühls baren Standpunkt negativer Kritik zurück und überließ einer parlamentarisch nicht sehr starken bürgerlichen Regierung das Odium, all das durchzuführen, was zurzeit gegen deren Willen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung eingeleitet war.

Einer Forderung des marxistischen Programms gegenüber hatte allerdings die Sozialdemokratie in der Zeit ihrer Regierungstätigkeit eine merkwürdige Zurückhaltung bewiesen, nämlich der Forderung der Sozialisierung.

Heute aber vor einem Winter der Arbeitslosigkeit und der Teuerung und inmitten all der Schwierigkeiten bei dem Übergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft glaubt Herr Scheidemann in dem Ruf nach Sozialisierung das Schlagwort gefunden zu haben, mit dem er die enttäuschten, schwankenden und sich nach anderer Führung sehnenden Massen noch einmal um die Fahnen des Marxismus scharen will, um so wieder und dann dauerhafter als vor zwei Jahren die Herrschaft des Sozialismus aufzurichten. Eine Herrschaft, die aber dann, ähnlich wie in den unseligen Oktober- und Novembertagen 1918 die Welle sich überschlug und die Führer willenlos mitriß, sicher zur Diktatur des Proletariats wird.

Dabei herrscht auch innerhalb des Sozialismus über den Begriff der Sozialisierung ebenso wenig Einhelligkeit wie über ihre Durchführbarkeit in der augenblicklichen Zeit und die Art ihrer Durchführung überhaupt. Die einen wollen die zu sozialisierenden Betriebe mit, die anderen ohne Entschädigung in das Eigentum des Staates oder der Gemeinden überführen, wieder andere die Arbeiter der einzelnen Betriebe zu deren Eigentümern machen, indem diese dabei den Unternehmer beibehalten, jene ihn allmählich ganz beseitigen wollen. Auch noch andere mehr oder weniger gekünstelte Formen sind von Sozialtheoretikern eigens erfunden worden.

Gegen die Sozialisierung als Ausfluß marxistischer Wirtschaftslehre sind von berufenster Seite nicht zu übergehende Bedenken erhoben worden, insbesondere aber solche von ganz besonderem Schwergewicht gegen ihre Durchführung in einer Zeit tiefsten staatlichen und wirtschaftlichsten Niedergangs, Bedenken, die in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden können.

Wenn aber das Schlagwort der Sozialisierung von gewissenlosen Parteipolitikern heute zur Aufpeitschung der Massen benutzt, bei denselben nicht allein wegen der unzulänglichen Schulung der Deutschen in wirtschaftlichen und politischen Fragen auf, wie wir wahrnehmen müssen, sehr fruchtbaren Boden fällt und somit für die nächsten Monate nicht aus der Erörterung in unserem Wirtschaftsleben verschwinden wird, so dürfen wir sagen, daß nicht allein krasser Aneignungstrieb oder der Wille zur Macht die Grundlage dafür geschaffen haben, sondern es müssen hier noch andere Kräfte am Werke sein. Und zwar glauben wir, daß wie die anderen Forderungen der materialistischen Lehre der Sozialdemokratie auch diese nur deshalb so starken Widerhall bei den Massen findet, weil das Zeitalter der Technik bis zum Weltkrieg sich wohl mit der Hebung aller mechanischen Vorgänge bei der Gütererzeugung eingehend befaßt, dabei aber die seelischen oder geistigen Verhältnisse der gütererzeugenden Schichten vernachlässigt hat. Dadurch ist eine Entfernung geschaffen zwischen Werkleuten und Werk, die die ersteren immer mehr der materialistischen Heilslehre in die Arme trieb und das letztere allmählich zu dem Feind, dem Ausbeuter des Arbeiters in dessen Augen werden ließ.

II.

Wenn wir heute nach neuen Wirtschaftsformen suchen, so gilt es Versäumtes nachzuholen und insbesondere die innere, ideale Verbindung zwischen dem Arbeiter und seinem Werk zu schaffen. Wer die wirtschaftspolitischen Erörterungen der letzten Zeit aufmerksam verfolgt hat, der konnte feststellen, daß von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten die Überzeugung sich durchgesetzt hat, daß eins der Hauptmittel zu der Wiederbeseelung der Arbeit die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmen ist. Auch führende, parteipolitisch neutrale Männer unseres Wirtschaftslebens haben sich in den letzten Wochen zustimmend geäußert, so daß es sich nicht mehr um das o b, sondern nur noch um das w i e handelt. Indem wir nachstehend die Durchführbarkeit dieser Beteiligung untersuchen wollen, greifen wir aus dem großzügigen Wirtschaftsprogramm der Vögler-Stinnes-Stresemann über Gemeinwirtschaft, Produktionserhöhung, Bindung des Produzenten an den Produktionsvorgang, Erzielung einer wirtschaftlich nationalen Gütererzeugung nur einen Punkt heraus, der auch von dem einzelnen Unternehmer oder dem einzelnen Werk schon selbständig durchgeführt werden kann.

Die von einigen Wirtschaftspolitikern befürwortete und hier und da bereits längere Zeit ein-

geführte Gewinnbeteiligung des Arbeitnehmers wird u. E. nie die oben gestellte Aufgabe erfüllen. Der zahlenmäßig geringe Gewinnanteil wird wie alle Prämien als ein Teil des Lohnes betrachtet werden und eine engere Bindung zwischen Arbeiter und Unternehmer nicht schaffen.

Ganz anders steht es bei der Beteiligung des Arbeiters am Unternehmen selbst. Hier wird dem Arbeitnehmer nicht ein Anteil am Gewinn, sondern am Unternehmen selbst übereignet. Er soll dadurch mit dem Sinn seiner Arbeit inniger verbunden, an ihrem Erfolg interessiert werden und sich wirtschaftliche Einsichten verschaffen. Das führt zur Erhöhung und damit Verbilligung der Gütererzeugung, der gleichzeitig vielleicht bald sehr erwünschtes frisches Betriebskapital zugeführt wird. Das sind alles aber nur Nebenwirkungen; die Hauptwirkung bleibt die engere persönliche Verbindung des Arbeiters mit seinem Werk, an dem er beteiligt ist und für dessen Entwicklung er sich mit verantwortlich fühlt.

Diese Beteiligung läßt sich verhältnismäßig einfach für die Erwerbsgesellschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung durchführen. Hier müßte durch Reichsgesetz bestimmt werden, daß alle diese Gesellschaften je nach der Anzahl der Mitarbeiter einen bestimmten Hundertsatz ihres Gesellschaftskapitals für diesen Zweck verwenden müssen. Diese Aktien oder Geschäftsanteile werden dem Arbeiter nach 5jähriger ununterbrochener Tätigkeit zum Nennwert oder, wenn es die Lage des Unternehmens gestattet, zu einem geringeren Wert oder gar gratis übereignet. Sie sind den übrigen Aktien oder Geschäftsanteilen vollkommen gleichgestellt, sind jedoch nicht veräußerungsfähig. Sie bleiben bis zum Ausscheiden im Besitz des Arbeiters bezw., wenn er in den Diensten der Gesellschaft stirbt, im Besitz der Ehefrau bis zu deren Ableben. Alsdann muß der Gesellschaft ein Rückkaufsrecht zum Nennwert zustehen, um diese Aktien bezw. Anteile wieder an andere Arbeiter beziehen zu können. Die Beteiligung wäre nach je weiteren 5 Jahren ununterbrochener Tätigkeit entsprechend zu erhöhen. Außerdem könnte man die Einrichtung noch so ausbauen, daß jedem Arbeiter das Recht eingeräumt würde, in der Höhe der ihm überlassenen Beteiligung eine weitere in gleicher Höhe zur freien Verfügung aus seinen Mitteln zu übernehmen zu pari oder einem Vorzugskurs. Hierdurch könnten erhebliche Summen einem z. T. volkswirtschaftlich unnützen Verbrauch entzogen werden und das Volksvermögen vermehren helfen. Eine gesetzliche Bestimmung könnte anordnen, daß ununterbrochene Tätigkeit bei mehreren Firmen dieselben Fachs angerechnet werden soll.

Bei den offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften ist eine ähnliche, die besondere Rechtsform dieser Gesellschaften berücksichtigende Beteiligungsform durchzuführen. Ebenso muß für die Einzelkaufleute und die Gewerbetreibenden eine die Eigenart der jeweiligen Verhältnisse berücksichtigende Form der Beteiligung gefunden werden. Von einem eingehenden Vorschlag hierfür haben wir wegen der großen Verschiedenartigkeit der Verhältnisse abgesehen. Die zuständigen Fachorganisationen werden hier die richtigen Wege mit aufzeigen müssen.

Um die in der Entwicklung befindlichen Unternehmungen nicht zu sehr zu belasten, dürfte die Beteiligung erst bei einer bestimmten Anzahl von Arbeitnehmern und einem bestimmten Mindestkapital gefordert werden.

Die Sozialdemokratie aller Richtungen wird diese Festsetzungen schon um deswillen bekämpfen, weil sie eine ihr nicht genehme Befriedigung unseres Wirtschaftslebens bringen werden; auch in anderen Kreisen werden ihnen mancherlei Bedenken und Zweifel entgegengesetzt werden, bis man sich davon überzeugt haben wird, daß man angesichts einer gewaltigen, nicht allein auf materieller, sondern viel mehr auf ideeller Grundlage beruhenden Gärung in unserem Wirtschaftsleben mit alten Formen allein nicht mehr auskommt. Diese Einsicht muß uns den Mut der Tat geben, die vor unseren Feinden uns zu neuen Wirtschaftsformen und damit aus Klassenkampf zu Klassenverständigung und Versöhnung aller Schichten, d. h. zu einer wahren Volksgemeinschaft führen wird.

Streiflichter auf die Politik der Sozialdemokratie.

Von Kreisschulrat Dr. Schepp.

Gorter, der holländische Sozialist, steht voraus, daß seine Ansichten von den Gegnern ausgenutzt werden können. Daher rät er den Genossen folgendes: „Wenn ein Gegner uns vorwirft, daß wir das Bestehen einer Klassenmoral anerkennen, so fordere man von ihm die Ausführung bestimmter Fälle, in denen unsere Klasse gelogen, betrogen usw. hat.“ Und Gorter beruhigt sich bei dem Gedanken: „Meistens wird er nicht viel vorbringen können.“ Also man predigt die Klassenmoral, man verkündet, daß man den Gegner belügen und betrügen darf! Wenn aber nicht bestimmte Beispiele vorgebracht werden können, glaubt man, sein heraus zu sein. Echt jesuitische Rabulistik, bezeichnend für die Kampfesweise der Sozialdemokratie! Kautsky verteidigt im Vorwort seinen „Freund“ Gorter gegen gewisse Angriffe von sozialdemokratischer Seite. Er stellt folgende Richtlinien für die sozialdemokratische Moral auf:

„Wir müssen Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als Regel unseres Verhaltens im Verkehr untereinander. Unter allen Kämpfern eines Heeres muß Wahrheit herrschen; wir dürfen den Genossen auch dann nicht die Unwahrheit sagen, wenn wir glauben, daß sie im Parteiinteresse liege. . . Aber es geht denn doch nicht an, eine Pflicht zur Wahrheit allen Menschen gegenüber unter allen Umständen festzusetzen, etwa auch gegenüber Polizisten, die unsere Freunde verfolgen.“

Und derartige Personen maßen sich an, Führer der Massen zu den Höhen reiner Menschlichkeit zu sein! Wir können nicht glauben, daß die Mehrzahl unserer deutschen Arbeiterschaft sich zu den Lehren einer so laxen Moral bekennt. Dafür denken wir doch noch zu hoch von unseren Arbeitern.

Als im Jahre 1903 der damalige sozialdemokratische Schriftsteller Georg Bernhard, jetzt Redakteur der „Vossischen Zeitung“, ausgeführt hatte, der Parteiführer dürfe und müsse lügen, nicht nur im Kampfe mit der Polizei und anderen Werkzeugen der Gewalt, sondern auch den Parteigenossen gegenüber, war Kautsky entrüstet über diese Moral und bekämpfte sie als „Jesuitenmoral“. Die Ansichten Bernhards sind aber in Wirklichkeit nur die logische Folgerung des Standpunktes von Gorter und Kautsky. Wenn die Gebote der Moral überhaupt beiseite geschoben werden dürfen, warum soll dann ein sozialdemokratischer Führer nicht auch die Ansicht vertreten, daß er die Massen auch einmal belügen darf, „wenn es — nach Gorter — das wirkliche Heil der Klasse erfordert“?

Sollten diese Ansichten in der Sozialdemokratie wirklich maßgebend sein, so eröffnet das wahrhaft eigenartige Perspektiven auf Zeugenaussagen vor Gericht und dergleichen.

Den sogenannten „Mitläufern“ der Sozialdemokratie wird hier einmal deutlich gezeigt, in welchen Sumpf die Reise mit der Sozialdemokratie geht. An dieser Stelle müssen ihnen die Augen geöffnet werden, damit sie noch rechtzeitig umkehren, wenn sie nicht mitschuldig sein wollen an der moralischen Versumpfung, wie sie hier von geistigen Führern der Sozialdemokratie propagiert wird.

4. Familienleben im Zukunftsstaat.

In seinem Buche über die Agrarfrage sucht Kautsky die Bauern für die Entziehung des Privateigentums an Grund und Boden damit zu trösten, daß er ausführt, nach Trennung des Hauses vom Wirtschaftsbetriebe werde das eigene Heim um so schöner werden. Das von der Wirtschaft getrennte eigene Heim könnte frei ausgeschmückt und ausgestaltet werden. Man könnte darin frei leben seine Lieben, seinen Freunden, seinen Büchern, seinen Gedanken und Träumen seinen wissenschaftlichen und künstlerischen Schöpfungen. Das hört sich ja sehr schön und verlockend an. In Wirklichkeit sieht es aber mit dem schönen Traum wesentlich anders aus. Nach Kautsky soll man „seinen Lieben“ im eigenen Heim leben können. Nun gehören aber zu den Lieben auch die eigenen Kinder. Diese werden aber nach Bebels Buch, „Die Frau“, vollständig von den Eltern getrennt und gemeinsam für Staatsrechnung erzogen. In das schöne Heim der Eltern würden die Kinder also nur des Sonntags kommen dürfen.

Eine gemeinsame Mahlzeit gibt es weder Sonntags noch Wochentags im eigenen Heim für die Familie. Kautsky spottet denn auch an einer Stelle über die tugendhaften Hausfrauen, welche die Heiligkeit des eigenen Herdes verteidigen. Bebel bezeichnet „die kleine Privatküche“ wie die kleine Werkstatt als einen überwundenen Standpunkt. An ihre Stelle sollen große Zentralspeiseanstalten treten. Das häusliche Leben wird auf das Notwendigste beschränkt. („Die Frau“, S. 186.)

Wenn man das alles in Betracht zieht, so bleibt für das freie Leben in der Zukunftsvilla nach Kautsky fast nichts übrig. Kaum so viel, wie sich heute einem Chembregarnisten bietet. „Seinen Freunden“, wie Kautsky sich ausdrückt, kann man auch nicht leben. Denn wenn man den Freunden nichts vorsetzen kann, so wird des Lebens einen sehr nüchternen Charakter annehmen. Auch die Ehefrau muß aus dem Hause, um ihrer Arbeitspflicht zu genügen. Der Ehemann ist also noch nicht einmal sicher, die arbeitsfreie Zeit mit seiner Gattin zubringen zu können. In der Hauptsache wird also die Zukunftsvilla weiter nichts sein, als ein Nachtquartier, in dem man dann allerdings „seinen Gedanken und Träumen“ leben kann. Das eigene Heim mit seiner Gemütlichkeit verschwindet.

„Verelendungstheorie“.

Auf dem Parteitag in Kassel haben sich die Sozialdemokraten auch mit ihrem Programm beschäftigt, dessen Reformbedürftigkeit viele eingesehen haben, manche schon recht lange. Bereits 1898 begann der Sozialdemokrat Eduard Bernstein scharf das sozialistische Programm zu kritisieren. 1899 führte dann B. seine Ansichten weiter aus in einer Schrift: „Die Voraussetzung des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. In einem Vortrag vor Studenten bezeichnete er den Sozialismus als ein Stück von nicht wissenschaftlich Erwiesenem oder nicht wissenschaftlich Feststellbarem.

Auf dem Parteitag in Lübeck (1901) mußte Bebel Bernstein eine Konzession machen durch Ankündigung einer alsbaldigen Revision des Programms. „Es geht nicht an,“ sagt Bebel, „daß wir, während fortgesetzt die Grundanschauungen des Programms kritisiert werden, mit diesem Programm in den Kampf ziehen.“ Es wurde eine Revisions-Kommission vorgeschlagen, die Vorschläge zur Abänderung machen sollte. Dabei ist es aber bis heute geblieben. In den 19 Jahren hat es die Sozialdemokratie nicht über sich vermocht, Vorschläge zur Änderung zu machen. Sie hat in der Agitation nach wie vor auf ihr in den eigenen Augen brüchig gewordenes Programm gepocht. Ob es nach Kassel besser wird, wollen wir abwarten.

Eine derjenigen Lehren, die als völlig abgetan betrachtet werden kann, ist die sogen. „Verelendungstheorie“.

In dem Programm der Sozialdemokratie von 1891 heißt es zur Begründung der Aufhebung des Privateigentums unter anderem, daß in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten die wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elendes, des Druckes, der Knechtung, der Ausbeutung bedeutet. „Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt.“

Gegen diese Anschauungen wendet sich der sozialdemokratische Schriftsteller Eduard Bernstein

in seinen im Jahre 1898/99 erschienenen Schriften. Er weist darauf hin, daß die Vorstellung der Sozialdemokratie falsch ist, wonach der Konzentration industrieller Unternehmungen eine Konzentration der Vermögen parallel läuft. Vielmehr wirke die Form der Aktiengesellschaft der Tendenz der Zentralisation der Vermögen durch Zentralisation der Betriebe entgegen. Die Form der Aktiengesellschaft erlaubt eine weitgehende Spaltung schon konzentrierter Kapitalien. Die Zahl der Aktieninhaber wird in England auf weit über eine Million geschätzt. In Deutschland fehlt es an einer Statistik darüber. Hunderttausende von mittleren und kleineren Leuten sind Besitzer von Aktien. Abgesehen davon kann auch nicht bestritten werden, daß es wiederum Personen aus den Mittelschichten und Arbeiterklassen sind, auf die sich die Milliarden von Kapitalien in den Sparkassen und im Besitz der Genossenschaften verteilen. Die öffentlichen Sparkassen Preußens hatten Ende 1903 einen Bestand von rund 8788 Millionen. Der Bestand verteilte sich auf 11 095 276 Sparkassenbücher. Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie ist 1901 die Verelendungstheorie im Programm vollkommen preisgegeben worden. Der Führer Viktor Adler legte dar, daß die Lehren von der fortschreitenden Verelendung der Arbeiter der Wirklichkeit widersprechen und fuhr fort: „Entspricht es Ihrer Empfindung, daß es den Arbeitern schlechter geht als vor zehn Jahren? Glauben Sie wirklich, daß die Masse der Arbeiter ihre heutige Lebenshaltung vertauschen möchten mit der Lebenshaltung von vor zehn Jahren? Sobald einmal der Blick auf die Frage gelenkt worden ist: ist denn das buchstäblich richtig mit dem wachsenden Elend, müssen wir diesen Satz ändern."

„Der Zimmerer", ein sozialpolitisches Gewerkschaftsblatt, schrieb im Juli 1905, daß „die Zusammenbruchstheorie sich als falsch erwiesen habe, die Verelendungstheorie durch die Tatsachen widerlegt sei und auch die Krisentheorie sich nicht halten lasse. Die Parteiführer glaubten nicht mehr an diese Dinge, wohl aber die Massen."

Gegen den Führer Kautsky richtete das im Verlag des sozialdemokratischen Abgeordneten Legien erscheinende offizielle „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" in Nr. 40 vom 2. Oktober 1909 heftige Angriffe. Das Organ der Gewerkschaften spricht von einem „demagogischen Hieb", von „Roßtäuschereien", von „historischer Unwahrheit" und von einer „wissenschaftlichen Unehrlichkeit" Kautskys, zu der er die polemische hinzufüge: „Höher geht es nimmermehr!" Das Korrespondenzblatt weist klar und deutlich nach, daß „die absolute Verelendungstheorie Kautskys auch von der offiziellen Statistik ad absurdum geführt wird." Es heißt da u. a.: „Das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches, Jahrgang 1909, bringt eine Anzahl von Verbrauchsberechnungen, die von großem Interesse sind. Man findet da beispielsweise eine recht bezeichnende Steigerung des deutschen Verbrauchs einiger im Auslande erzeugter Waren, teils Konsumartikel und Genußmittel, teils Rohstoffe. Danach betrug der durchschnittliche Verbrauch folgender Waren pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm im Jahre 1908 (sowie im Jahrfünft 1895/1900): Baumwolle 6,79 (5,54), Gewürz (ausländisches) 0,20 (0,16), Heringe (import., gesalzen) 2,85 (3,30), Kaffee (roher) 3,03 (2,69), Kakao in Bohnen 0,52 (0,28), Reis 2,53 (2,39), Südfrüchte 3,07 (1,98), Tee 0,06 (0,05), Jute 2,33 (1,71), Petroleum 17,97 (16,97). . . . Die Abnahme des Verbrauchs an gesalzenen Heringen dürfte als Zeichen dafür gelten, daß dieser Konsumartikel der Ärmsten der Armen langsam durch bessere Lebensmittel ersetzt wird. Bei allen wesentlich als Genußmitel in Betracht kommenden Warengattungen ist eine nicht unbedeutende Steigerung des Verbrauches eingetreten. Aber die Steigerung des Verbrauchs gerade dieser Konsumartikel zeugt gewiß nicht von einer Verelendung der breiten Volksmassen."

Ebenso hebt das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften" hervor, daß auch die Zahlen über den Verbrauch an Getreide „für die angeblich zunehmende Verelendung keinen Anhalt geben."

Trotzdem erkennen die meisten Mitglieder der Gewerkschaften das sozialdemokratische Parteiprogramm als für sich bindend an, obwohl darin die Rede ist von einem Wachsen des Elends. Wenn die Voraussetzungen für den Sozialismus falsch sind, dann ist dieser selbst auch falsch. Fällt der Herzog, so muß auch sein Mantel nach.

Hier sieht man deutlich die innere Unwahrhaftigkeit der Sozialdemokratie. Sie täuscht den Massen etwas vor, was durch die Tatsachen der Statistik längst widerlegt ist. Wie lange werden sich die deutschen Arbeiter derartige „Roßtäuschereien" gefallen lassen?

Politik und Wirtschaft.

Von Reinhold Georg Quaatz.

In Nordwestdeutschland, in Bayern, in Südwestdeutschland und an der Wasserkante ist der Gedanke der wirtschaftlichen Selbstverwaltung auf dem Marsche. Er fordert die Anerkennung der deutschen Wirtschaftsgebiete als Unterbau und Grundlage der deutschen Wirtschaftsverfassung. Er sucht die Versöhnung mit dem Rätegedanken, der unklar und verworren die Masse der Arbeiterschaft bewegt. Er hat das allgemeine Interesse, Zustimmung und Widerspruch in so auffälligem und ungeahntem Maße geweckt, daß es erforderlich ist, die bewegenden Grundgedanken noch einmal in aller Schärfe hinzustellen.

Im Vordergrund des Interesses steht die Frage, welche Rückwirkungen die Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Verfassung auf unsere politischen Verhältnisse haben wird oder haben kann, genauer ausgedrückt, die Frage, ob etwa die neue Wirtschaftsverfassung eine politische Neugliederung des Reiches jetzt oder später hervorrufen soll oder hervorrufen wird. Politische Instinkte und politische Strebungen waren sogleich am Werk, sich des neuen Wirtschaftsgedankens zu bemächtigen. Sie biegen das Problem von einer Frage der Wirtschaft zu einer Frage des politischen Parteikampfes um, nämlich zu der Frage der Änderung unserer innerpolitischen Grenzen, mit anderen Worten, zu der Frage der Aufteilung Preußens. Das ist des einen Furcht, des andern Wunsch.

Mit einem Mangel an gesunden politischen Instinkten, wie er leider in vereinzelten rechtsnationalen Kreisen nicht selten ist, hat ein alldeutsches Blatt behauptet, wir predigten ein „Programm" des Wirtschaftspartikularismus, der Reichsverdrossenheit. Was wir wollen, widerspräche dem Wesen einer Nation.

Auf der andern Seite haben sich sofort linksrheinische Stimmen aus dem Lager zum Wort gemeldet, die früher Verfechter der rheinischen Republik waren, und sagen: „Wenn ihr wirtschaftliche Selbstverwaltung wollt, so müßt ihr gleich ganze Arbeit machen und das Reich neu gliedern."

Was man damit meint, wird nicht klar ausgesprochen, ist aber klar. Man will Preußen zerschlagen und sich an die Konstruktion neuer „Staaten" oder „Länder" in Deutschland begeben. Demgegenüber sei mit aller Bestimmtheit festgestellt, um was es sich eigentlich handelt.

Der führende Kopf einer der größten Industrieunternehmungen Deutschlands sagte dem Verfasser neulich folgendes über ein Gespräch mit einem hervorragenden Ausländer: Dieser, ein guter Kenner der deutschen Wirtschaft, habe ihm erklärt: „Daß die deutsche Staatswirtschaft bankrott sei, damit rechne das Ausland, aber es vertraue auf die deutsche Wirtschaft. Darin liege der Kredit Deutschlands. Anders allerdings würde es liegen, wenn die deutsche Regierung fortfahre mit sozialistischen Experimenten, namentlich wenn diese an die Grundlagen der Wirtschaft, wie die Kohlenwirtschaft, rührten."

In der Tat liegt hier der Kern der Frage.

Wir sind außenpolitisch bankrott. Die Urkunden hierüber haben wir in Versailles und Spa ausgefertigt. Der innerpolitische Bankrott der Revolutionswirtschaft ist noch nicht offenkundig. Er kann auch noch nicht abgewickelt werden, weil niemand Konkursverwalter sein will. Die Bankrottöre selbst stehen hohnlächelnd beiseite und weigern jede Mitarbeit.

Was noch aufrecht steht, allerdings bereits bedenklich in den Fugen krachend, ist die deutsche Wirtschaft. Der deutsche Arbeiter in seiner überwiegenden Mehrheit ist arbeitswillig. Der deutsche Unternehmer ist mit Ameisenfleiß bestrebt, was äußere und innere Feinde einzureißen versuchen, wieder aufzubauen oder durch immer neue Klammern zusammenzuhalten.

Es geht nicht an, daß wir 23 Schriftgelehrte in Berlin zusammenberufen, um ihnen ein autoritatives Urteil darüber anzuvertrauen, was mit der Grundlage unserer Wirtschaft, der deutschen Kohle, werden soll. Professoren sind, selbst wenn sie noch so waschechte Sozialisten sind, hierdurch noch nicht hinreichend als Sachverständige des Kohlenbergbaus legitimiert. Es geht nicht an, ein Konventikel Berliner Herren über unsere Lebensfragen entscheiden zu lassen, die sachverständigen Männer der Wirtschaft aber, um die uns das Ausland beneidet, vor diese Schriftgelehrten zum Verhör zu laden, ohne ihnen ein Urteil zuzugestehen — um ein Juristenscherzwort zu gebrauchen —, sie zu hören, um sie zu enthören.

Wir erkennen gern das Maß von ehrlichem Eifer an, das auch in den Berliner Schreibstuben bewiesen wird. Nur glauben wir nicht, daß der Ehrgeiz hier immer auf die richtigen Ziele gelenkt wird. Wenn ein hoher Staatsbeamter erst kürzlich die Dickleibigkeit der heutigen Gesetzsammlung im Gegensatz zur Schmächtigkeit der früheren Gesetzesbände als einen rühmenswerten Beweis des Fleißes des heutigen Beamtentums hervorhob, so sind wir allerdings geneigt, scherzhaft aufzufassen, was so hochgestellte Persönlichkeiten gern ernst genommen wünschen.

Was wir wollen, ist ein deutsches Regiment gegenüber dem Taumel, hervorgerufen durch die Schlagworte der Demokratie, die für unsere Feinde Exportartikel, nicht Gebrauchsartikel waren. Besinnen wir uns auf das, was stets die Grundlage deutschen Wesens war.

Wir gehen zurück auf die Grundlagen unserer stolzen Entwicklung im vorigen Jahrhundert, auf den Steinschen großen Gedanken der Selbstverwaltung, einen Gedanken, der so urgermanisch ist, daß die romanischen Völker ihn einfach nicht verstehen und deshalb auch nicht in ihr Staatsleben einführen können. Wir besinnen uns auf die Grundlinien der Bismarckschen Politik, auf die weisen Lehren seines gewaltigen Testaments, das der Deutsche im privaten Kämmerchen wohl liest, im politischen Leben aber selten beherzigt. Wir denken daran, mit wie sanfter Hand er die deutschen Einzelstaaten eingefügt hat in seinen Neubau des Deutschen Reiches, mit welcher Achtung und Klugheit er die Eigentümlichkeiten der deutschen Stämme gewürdigt und behandelt hat. Wir sind uns klar darüber, daß sich Staaten nur auf der Grundlage entwickeln können, auf der sie geschaffen wurden. Wir hüten uns daher vor jedem Eingriff in den Bestand der deutschen Einzelstaaten. Wir sind uns insbesondere klar über die historische Rolle, die der preußische Staat als der Kristallisationspunkt des neuen Deutschen Reiches gespielt hat, und maßen uns nicht an, zu behaupten, diese Rolle sei ausgespielt.

Aber anderseits erkennen wir, daß Geschichte gleich Entwicklung ist. Sehen wir zurück auf die innere Geschichte Preußens seit der Einigung Deutschlands, so treten die Bemühungen aller führenden Staatsmänner zutage, das Innenleben der preußischen Provinzen nicht nur zu schonen, sondern im Sinne der Selbstverwaltung Schritt für Schritt weiter zu entwickeln. Wir erkennen den Kampf, den der Gedanke der Selbstverwaltung seit seiner Geburt hat führen müssen mit den entgegengesetzten Bestrebungen der Zentralbürokratie, über deren Schwergewicht von Stein bis Bismarck gerade unsere großen Männer geseufzt haben, an deren stillem Widerstand auch der Wille des Genies mehr als einmal erlahmt ist.

Weiter aber: Was man im alten Deutschland zentrale Bürokratie genannt hat, was man an ihr bekämpft hat, was war es anders, als ein schwaches Vorspiel der Bürokratie, die sich auf der Grundlage der durch die Not uns aufgezwungenen Kriegswirtschaft in den zwei Jahren seit dem großen Zusammenbruch in Berlin gebildet hat. Gegen diese Gebilde, die sich wie Wucherungen am kranken Körper scheinbar unaufhaltsam ausgebreitet haben und den um sein Leben ringenden Organismus zu zerstören drohen, Wucherungen, die zugleich von den häßlichsten moralischen Zersetzungserscheinungen begleitet sind, hiergegen bäumt sich alles was am deutschen Körper, am deutschen Empfinden noch ge

fund ist. Der alte Staat hat in Deutschland Wirtschaftsaufgaben in einem Maße übernommen, wie es in der übrigen Welt ohne Beispiel war. Kluge Ausländer haben bereits in früherer Zeit nicht nur die Nachteile dieser ausgedehnten Staatswirtschaft, sondern auch ihre großen Vorteile erkannt. Sie haben ebenso erkannt und ausgesprochen, daß eine so große gesunde Staatswirtschaft nur möglich ist in einem straff organisierten, disziplinierten Etaat, der heute unter der Bezeichnung „Obrigkeitsstaat" der Gegenstand billiger Beschimpfungen in Zeitungen und Versammlungen ist.

Heute liegen die Dinge anders. Hatten wir früher einen Staat von besonders starker Autorität, so ist heute das, was wir Regierung nennen, eigentlich nur noch ein Spielball äußerer und innerer Stöße und Gegenstöße. Es ist also ein Widerspruch in sich, wenn dieser Etaat es unternimmt, auf seine so schwachen Schultern neue Wirtschaftsaufgaben zu laden. Es ist ein Widerspruch in sich, wenn gerade linksstehende Parteien alles tun, um die Autorität des Staates zu schwächen, weil sie einen „Machtstaat" als etwas Hassenswürdiges betrachten, anderseits aber immer neue Wirtschaftszweige in die Staatswirtschaft einbeziehen wollen. Wir achten, wie jede Überzeugung, auch diese. Wir behaupten und beweisen aber, daß eine derartige Politik uns dem Untergange zutreibt, und zwar dem nahen Untergange. Auf der andern Seite sind wir bemüht, zu erkennen, was an dem inneren Kern der Bestrebungen dieser Parteien berechtigt ist. Man kann zugeben, daß der äußere Druck, unter dem wir stehen, und der furchtbare Mangel an den Grundbedürfnissen der Wirtschaft dazu führen können, dem Gedanken der Gemeinwirtschaft weiter Geltung zu verschaffen.

Völlig unmöglich aber ist es, diese neuen gemeinwirtschaftlichen Aufgaben in den Formen der alten Staatswirtschaft zu lösen. Zwei Jahre haben genügt, die Staatsbetriebe völlig zu zerrütten. Man lese darüber nach, was der Verkehrsminister Groener über die deutschen Eisenbahnen in seinem Buche gesagt hat. Sie sind danach, trotz der ungeheuren Überspannung, die sie in der Not der Kriegsjahre erfahren haben, erst nach dem Kriege nach seinem eigenen Ausdrucke „verkommen". Es kann hierbei wirklich gleichgültig sein, ob das äußerste Kennzeichen hiervon, der finanzielle Fehlbetrag, „nur" 18 Milliarden beträgt, wie offiziöse Federn mit einem schwer verständlichen Anstrich von Befriedigung versichern, sondern über 20 Milliarden, wie andere Sachkenner annehmen. In jedem Falle ist das reiche Kapital, das in 40 Jahren der alten Staatswirtschaft erarbeitet worden ist, in den zwei Revolutionsjahren verwirtschaftet. Damit wollen wir es genug sein lassen.

Wir können es uns wirklich nicht leisten, das, was wir an Kohlenschätzen noch haben, was nicht bereits Raub unserer Feinde geworden, in ähnlicher Weise und in ähnlicher Frist zu verwirtschaften. Was noch aufrecht steht von der deutschen Wirtschaft, muß aufhören der Spielball politischer Leidenschaft zu werden, sonst wird sich in kurzer Frist die Öde des Todes über den deutschen Boden breiten. Der lächerliche Haß gegen die deutsche Schwerindustrie übersieht, daß gerade der Außenhandel in Eisen und Eisenwaren aller Art, der nur auf der Grundlage der deutschen Kohle möglich war, erst die Lebensbedingungen geschaffen hat, um fast 70 Millionen Deutsche auf einem Boden zu ernähren, der ohne sie nur für 40 Millionen Menschen Platz bietet. Wenn die deutschen Hochöfen nicht mehr glühen, sind in der Tat nach den Worten Clemenceaus mindestens 20 Millionen Deutsche zuviel in der Welt.

Man gebe also dem Staate, was des Staates ist und der Wirtschaft, was der Wirtschaft ist. Und zwar überlasse man den Aufbau dieser Wirtschaft in erster Linie der Wirtschaft selbst. Wenn die Vertreter der deutschen Wirtschaft bemüht sind, für die Aufgaben der neuen Gemeinwirtschaft neue Wirtschaftsformen zu finden, die einerseits eine gesunde kaufmännische Wirtschaft ermöglichen und der deutschen Arbeit wieder den Wettbewerb auf dem Weltmarkt möglich machen, anderseits aber den Einfluß des staatlichen Willens in der Richtung der Gemeinwirtschaft sicherstellen, wenn die Vertreter der deutschen Wirtschaft sich an diese schwere und undankbare Aufgabe mit ernstem Willen heranbegeben, so müssen sie sich ebenso jetzt den kühnsten und weitestgehenden Vorwurf der Pflichtvergessenheit verbitten, wie sie es anderseits auf das bestimmteste ablehnen, ihre wirtschaftliche Arbeit zum Vorspann politischer Bestrebungen machen zu lassen.

Es ist auch nicht etwa an dem, daß die Organisationsgedanken, wie wir sie vertreten, etwa unbewußt die politische Entscheidung fördern könnten. Ist dagegen, wie wir annehmen und auch Rathenau ablehnen, wir wollen vor allem die Gütererzeugung vorantreiben. Das Grundelement hierfür ist die Kohle. Wir wollen also vor allem die Kohlenwirtschaft vorwärtsbringen. Das kann nicht durch neue Beamte und Gesetze geschehen, sondern nur dadurch, daß alles das, was an Siedlung, Verkehrsförderung, Landesmelioration seinerseits Vorbedingung stärkerer Kohlenerzeugung ist, planmäßig verbessert und verstärkt wird. Das soll durch die selbstwirtschaftenden Unternehmungen unter der Kontrolle des öffentlichen Rechts geschehen. Jeder Wirtschaftszweig erhält hiernach unter Benutzung der bereits vorhandenen Wirtschaftsformen seine eigene freie Verwaltung als gemeinwirtschaftliche Unternehmung. Die öffentlich-rechtliche Kontrolle innerhalb des gesamten Wirtschaftsgebietes wollen wir dem Bezirkswirtschaftsrat übertragen, den wir aus Artikel 165 der Reichsverfassung übernehmen. Er soll aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet werden und eine Art Wirtschaftsparlament des neuen großen Selbstverwaltungskörpers, der das Wirtschaftsleben des gesamten Wirtschaftsgebietes zusammenschließt.

Fern liegt es uns, etwa kleine geschlossene Wirtschaftsstaaten zu gründen, die ihre egoistischen Sonderinteressen zu verfolgen haben, vielmehr wünschen auch wir eine einheitliche und geschlossene Wirtschaftspolitik im Reiche. Das suchen wir dadurch zu erreichen, daß jeder der einzelnen Wirtschaftszweige, wie Kohlenwirtschaft, Eisenbahn, Licht- und Kraftversorgung, die im Wirtschaftsgebiet in der neuen Gesellschaftsform organisiert sind, seine Spitze in einer Reichszentralgesellschaft findet, die die Richtlinien der Wirtschaft angibt und für den Ausgleich der Interessen zwischen den verschiedenen deutschen Wirtschaftsgebieten sorgt. Nur soll diese Zentralgesellschaft sich auf die wirklich zentralen Geschäfte, auf die eben erwähnten großen Richtlinien beschränken, sich von jedem Eingriff in den Betrieb, sozusagen in die Exekutive der Wirtschaft, enthalten. In diesem Sinne würde der Reichskohlenrat, die von uns gewünschte Reichseisenbahngesellschaft, die Reichsgesellschaft für Licht- und Kraftversorgung usw. zu wirken haben. Diese großen Zentralgesellschaften würden ihrerseits die öffentlich-rechtliche Kontrolle in dem Reichswirtschaftsrat in ganz ähnlicher Weise wie die Landesgesellschaften in ihrem Landeswirtschaftsrat (Bezirkswirtschaftsrat) finden.

Auf diesem Wege versuchen wir die Ziele zu erreichen, die wir in folgenden Worten zusammenfassen können:

Freiheit der Wirtschaft, erreicht durch Loslösung der Wirtschaft von den Fesseln der Staatsbürokratie,

Einheit der Wirtschaft, erreicht durch Zusammenfassung der zusammengehörigen Wirtschaftszweige, sowohl in den einzelnen Wirtschaftsgebieten als auch im gesamten Reichsgebiet,

Gemeinwirtschaft, d. h. die Einstellung unseres gesamten Wirtschaftslebens nach dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohles, erreicht durch die Kammern der Arbeit im Wirtschaftsgebiet (Landes- oder Bezirkswirtschaftsrat) und im Reichsgebiet (Reichswirtschaftsrat) sowie durch Zusammenarbeit des Unternehmertums und des Arbeitertums in allen Organisationsformen.

Von der Öffentlichkeit und von den politischen Instanzen aber fordern wir, daß die Stimme der Wirtschaft gehört wird, bevor über ihre Grund- und Lebensfragen entschieden wird. Wer anders handelt, lädt eine furchtbare Verantwortung vor seinem Volke auf sich.

Wir Bergleute und die Sozialisierung.

Von Bergmann A. Winnefeld, M. d. N.

Die Deutsche Volkspartei hat sich sowohl durch einmütigen Beschluß ihrer Reichstagsfraktion wie auch in ihrem Zentralvorstand gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues nach den Vorschlägen der Sozialisierungskommission ausgesprochen. Diese Haltung der Deutschen Volkspartei hat mir als einem ihrer Abgeordneten wie auch in meiner gleichzeitigen Eigenschaft als Mitglied des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter eine Reihe Zuschriften eingetragen, in denen ich gefragt werde, wie ich denn persönlich zur Frage der Sozialisierung stehe, und ob und aus welchen Gründen ich den Standpunkt meiner Partei teile.

Ich muß auf alle diese Anfragen, die im einzelnen ausführlich zu beantworten mir kaum möglich sein wird, zunächst betonen, daß ich allerdings voll und ganz die ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber den Vorschlägen der Sozialisierungskommission billige. Ich bin mit meiner Partei der Auffassung, daß die Verwirklichung sowohl des Vorschlags Lederer wie auch des Vorschlags Rathenau für den Bergbau und damit für die deutsche Wirtschaft überhaupt verhängnisvolle Folgen haben müßte.

Neben den allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen, über die ja in den jüngsten Wochen in der Öffentlichkeit hinreichend gesprochen und geschrieben worden ist, sind für meine Haltung aber vor allem Rücksichten maßgebend, die ich als Bergmann auf meine Arbeitskameraden zu nehmen mich verpflichtet fühle. Gerade die Rücksicht auf die Bergarbeiter hat mich veranlaßt, in Ablehnung der Sozialisierung mit meiner Fraktion einig zu gehen, denn ich bin der festen Überzeugung, daß eine Sozialisierung nach einem der beiden vorliegenden Vorschläge den Bergmann selbst auf das empfindlichste schädigen muß.

Ich pflege die Parlamentsferien dazu zu benutzen, als Bergmann meiner praktischen Arbeit nachzugehen, und so habe ich auch im September und Oktober wieder, während die parlamentarische Arbeit ruhte, regelrecht meine Schichten verfahren. Auf diese Weise ist es mir im Gegensatz zu manchen Gewerkschaftstheoretikern am besten möglich, mit meinen Kameraden persönliche Fühlung zu behalten und in gemeinsamer Arbeit mit ihnen ihre wirklichen Wünsche und Nöte kennen zu lernen. Da ist mir vor allem aufgefallen, daß die breite Masse der Bergarbeiter der Sozialisierungsfrage kühl bis ans Herz hinan gegenübersteht. Den meisten Bergleuten ist es vollkommen gleichgültig, ob sozialisiert wird oder nicht. Gerade im ständigen engen Verkehr mit meinen Kameraden in der Grube konnte ich feststellen, daß das Verlangen nach Sozialisierung keineswegs Arbeitersache, sondern eine durchaus einseitig betriebene politische Aktion von Nichtarbeitern ist.

Neben den vielen Gleichgültigen gibt es aber auch manchen bedächtigen Bergmann, der klar erkennt, daß die Sozialisierung ihn selbst in seiner wirtschaftlichen Fortentwicklung bedroht. Alle-

mein ist beim Bergmann das Verlangen nach auskömmlichem Lohn und einer wirklich ausreichenden Ernährung für sich und die Seinen. Die klügeren Leute unter den Bergleuten wissen aber, daß heute schon Arbeiter anderer Kategorien ihre Lohnpolitik auf Kosten des Bergmanns betreiben. Die Führer der Arbeiter- und Angestelltenverbände aus Industrie und Gewerbe reden heute schon ein gewichtiges Wort bezüglich der Preisgestaltung für die Kohle mit und haben damit zugleich den Schlüssel für die weitere Entwickelung der Bergarbeiterlöhne in der Hand. Man hat bisher nicht beobachten können, daß diese Herren bei ihrer Haltung zur Preispolitik im Bergbau den berechtigten Lohnforderungen der Bergarbeiter Rechnung getragen hätten. Der Bergmann ist infolgedessen längst nicht der bestbezahlte Arbeiter, wie es eigentlich der Schwere und Gefährlichkeit seines Berufes entspräche. Wird nun aber sozialisiert, so scheidet für das Produkt der bergmännischen Arbeit, die Kohle, jede freie Preisgestaltung überhaupt aus. Damit wird also auch ohne weiteres dauernd den Bergarbeiterlöhnen eine enge Grenze gezogen sein.

Viel wichtiger noch als die positive Höhe des Lohnes ist aber selbstverständlich die Kaufkraft des Geldes, der relative Wert des Lohnes. Was nützt es, wenn die Lohnsummen fortgesetzt gesteigert werden, zugleich aber in vielleicht noch stärkerem Maße die Preise für alle Lebensbedingungen steigen. Von dem schon längst notwendigen Abbau der Preise ist leider noch nichts zu spüren, wohl aber vom Gegenteil! Während man also durch Niederhaltung der Kohlenpreise eine entsprechende Lohnentwicklung für den Bergmann verhindert, treiben die in bezug auf die Gestaltung der Preise für das Produkt ihrer Arbeit nicht gebundenen Berufe ihre Löhne und damit die Preise für alle Bedarfsartikel lustig in die Höhe. Wenn man unter dem Vorgeben, dem Abbau der Preise die Wege zu ebnen, dem Bergbau eine Zwangsjacke anlegt, so soll man vor allem aber auch vor seiner eigenen Tür kehren und bei dem Abbau der Preise bei sich selber ernstlich den Anfang machen.

So viel steht sicher fest: Sind erst einmal fiskalische Gesichtspunkte im Bergbau maßgebend, so wird der Bergmann dauernd ein so armes Luder bleiben, wie es im Gegensatz zu den Arbeitern der Privatindustrie jahrzehntelang die Arbeiter und Beamten der Staatsbetriebe gewesen sind. Und genau wie diese würde auch der Bergmann in seiner persönlichen Freiheit derartigen Beschränkungen ausgesetzt sein, daß selbst die von der Sozialisierungskommission vorgeschlagenen recht problematischen Prämien keinerlei Anreiz zu einer erhöhten Arbeitsleistung bieten könnten.

Ich darf auf Grund meiner persönlichen Beobachtungen wohl sagen, daß im allgemeinen in der Bergarbeiterschaft Ruhe und Besonnenheit wiederkehren, und daß der Bergmann den ehrlichen Willen hat, auch auf dem Boden der jetzigen privatwirtschaftlichen Verhältnisse alle Kräfte anzuspannen, um die notwendige Erhöhung der Kohlenproduktion zu erreichen. Er will aber, wie gesagt, daß ihm und seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht wird, und er hält es deshalb auch für gerechtfertigt, daß statt einer in ihren Wirkungen auch für ihn verhängnisvollen Sozialisierung ein Weg gefunden wird, der unter Erhaltung des privaten Unternehmungsgeistes dem Bergmann einen stärkeren Anteil an den Erträgnissen des Bergbaus sichert. Ob neben einer entsprechenden Lohnpolitik Gewinnbeteiligung oder Kleinaktien den rechten Weg darstellen, mag in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Darüber mögen sich zunächst wirkliche Sachverständige unterhalten.

Das rheinische Zentrum und die rheinische Republik.

Von Dr. **Karl Wehrmann**-Koblenz.

Es scheint, als ob die Rheinbündler die Zeit für gekommen halten, um wieder mehr für die rheinische Republik Stimmung zu machen. Die zweijährige Sperrzeit, in der auf gesetzlichem Wege die Abtrennung der Rheinlande von Preußen nicht durchgesetzt und die rheinische Republik nicht errichtet werden konnte, eilt ihrem Ende entgegen. Nun sollen von den Republik-Anhängern inzwischen die Gemüter so bearbeitet werden, daß bei der Volksabstimmung eine Mehrheit für die Absonderung zustande kommt.

Mit größter Bestimmtheit verlautete in der letzten Zeit, daß demnächst eine mittelrheinische Zeitung zur Vertretung der Bestrebungen Dortens in Koblenz erscheinen solle. Sie soll, so wurde mitgeteilt, von der Christlichen Volkspartei, dem während der letzten Reichstagswahlen entstandenen Ableger des rheinischen Zentrums, im sogenannten Gutenbergverlag herausgegeben werden. Eine Ableugnung dieser Veröffentlichung ist von der genannten Partei bisher nicht erfolgt, ebensowenig eine solche der weiteren Angabe, daß die Geldgeber für dieses neue Dorten-Organ außerhalb von Koblenz säßen. Man versteht, wer damit gemeint ist.

Andeutungsvoller als diese Bemühungen, der Dorten-Gruppe zu größerem Einfluß in der Bevölkerung zu verhelfen, ist aber die Tatsache, daß auch aus dem alten rheinischen Zentrum heraus neuerdings Äußerungen laut werden, die auf eine größere Lebendigkeit in der Verfechtung des Gedankens der rheinischen Republik hindeuten. Am 7. Oktober fand in Koblenz im Leseverein eine Versammlung von Zentrumsvertretern statt, in der der Reichstagsabgeordnete und zugleich Geh. Reg.-Rat vom Koblenzer Regierungspräsidium v. Guérard Bericht erstattete. Dabei sagte er nach der Mitteilung des Koblenzer Zentrumsorgans u. a. folgendes: „Mit allem Nachdruck verlangen die rheinischen Abgeordneten eine Neugliederung des Reiches auf Grund unserer Stammeseigenart unter Berücksichtigung der ganzen politischen und kulturellen Eigenart. Als freies Rheinland, in engster Verbindung mit den übrigen Ländern, im Rahmen des Deutschen Reiches, sind wir überzeugt, dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes am besten dienen zu können.

Es ist der ganze Sprachschatz der Rhein-Sonderbündler, soweit sie im offiziellen Zentrum stecken, der hier in den Worten des Reichstagsabgeordneten Guérard zur Entfaltung kommt. Es kann nach dem Wortlaut nicht der geringste Zweifel sein, daß hier die volle Abtrennung von Preußen gefordert wird. Nicht nur das Wort „Preußen" wird in dieser Erklärung überhaupt nicht genannt, sondern auch das „freie Rheinland" wird hier den andern „Ländern" im „Rahmen des Deutschen Reiches", das „neugegliedert" werden soll, durchaus gleichgestellt. Was aber vor allem wichtig ist, das ist, daß Herr v. Guérard ausdrücklich seine Forderung als das Verlangen der „rheinischen Abgeordneten" hinstellt. Es muß danach zwischen den rheinischen Zentrumsabgeordneten schon eine Konferenz zur Erörterung der Rheinlandfrage stattgefunden haben, in der die volle Einmütigkeit zur Vernichtung des bisherigen preußischen Staates zutage getreten ist. Daß das der Fall ist, bestätigte übrigens am selben Tage in der gleichen Versammlung der Führer der Koblenzer Zentrumspartei, der zugleich Führer des Zentrums im Wahlkreise 21 (Koblenz-Trier-Birkenfeld) ist, Rechtsanwalt Loenartz. Herr Loenartz ist auch sonst ein Mann von einiger Bedeutung. Er wurde während der Friedensverhandlungen 1919 nach Versailles berufen, um dort dem Führer der deutschen Friedensabordnung, dem Auslandsminister Brockdorff-Rantzau, Vortrag über die Rheinlandfrage zu halten. Zudem: der Rechtsanwalt Loenartz ist neuerdings auch als Vertreter der Stadt Koblenz in den rheinischen Provinziallandtag gewählt worden, in dem das Zentrum eine Mehrheit von 100 Stimmen hat und der sich sicherlich alsbald mit der Rheinlandfrage beschäftigen wird. Daß Herrn Loenartz einiger Ehrgeiz nachgesagt wird, der in einer rheinischen Republik zweifellos ein noch größeres Feld der Betätigung finden würde als in der Koblenzer Stadtverordneten-Versammlung, sei nur nebenher erwähnt.

Rechtsanwalt Loenartz also führte am 7. Oktober aus: Das Zugeständnis einer gewissen Autonomie könne uns nicht genügen: als kostbarste Perle in der früheren Krone Preußens fordern wir dieselben Rechte wie andere Bundesstaaten, fordern wir Gerechtigkeit! Sollen wir mit einem Sitze im Reichsrate uns begnügen, während andere Staaten, an Zahl und Bedeutung weit hinter uns stehend, fünf und mehr Sitze beanspruchen können! Unser rheinischer Führer Trimborn bietet uns die beste Gewähr, daß die rheinische Frage in unserem Sinne, ohne jede Schädigung des Reichsgedankens, eine Lösung finden wird."

Hier wird also mit anderen Worten wiederholt, was der Reichstagsabgeordnete v. Guérard versichert hat, daß nämlich das gesamte rheinische Zentrum in dem Gedanken der Abtrennung des Rheinlandes von Preußen einig ist. Von Herrn Loenartz haben wir überdies noch ein besonderes Zeugnis dafür, wie er sich die Stellung eines rheinischen „Bundesstaates" denkt. Es war am Tage nach dem Wiesbadener Putsch Dortens vom Juni 1919. Die Führer der Koblenzer Parteien, die zugleich Führer der Parteien des Wahlkreises Koblenz-Trier-Birkenfeld sind, wurden zur Entgegennahme eines Berichtes über die Wiesbadener Vorgänge in das Koblenzer Oberpräsidium gebeten. Die übrigen Parteien waren für eine geschlossene Stellungnahme gegen Dorten, der sich Herr Loenartz aber erst anschloß, nachdem ihr die mildeste Fassung gegeben worden war. Befragt, wie er sich denn einen rheinischen Bundesstaat vorstelle, sagte Herr Loenartz, er verlange für ihn u. a. auch das Gesandtschaftsrecht. Diese Erklärung rief zunächst eine peinliche Stille hervor, dann wurde sie von den Vertretern der anderen Parteien sofort festgenagelt.

Sie ergibt aufs deutlichste, was von der Phrase, die Herr Loenartz am 7. Oktober ds. Js. gebrauchte, zu halten ist, von der Phrase nämlich „daß die rheinische Frage in unserem Sinne ohne jede Schädigung des Reichsgedankens eine Lösung finden wird". Diese Lösung in Loenartzschem Sinne bedeutet nicht nur die Zertrümmerung Preußens, sondern den ersten Schritt zur Bildung eines rheinischen Pufferstaates, also zur Auflösung des Deutschen Reiches.

Es ist an der Zeit, dem rheinischen Zentrum auf die Finger zu sehen!

Erste Reichstagung des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften.

Unter Beiwohnung von mehreren hundert Abgesandten hielt am Sonntag, 31. Okt., in Berlin im Tiergartenhof der Nationalverband deutscher Gewerkschaften seine erste Reichstagung ab, die teilweise recht bemerkenswert verlief. Den Vorsitz hatte der Leiter des jetzt 150 000 Mitglieder zählenden Nationalverbandes, Reichstagsabg. F. Geisler. Das Reichsarbeitsministerium habe, so führte er aus, es jedoch nicht für nötig gehalten, einen Vertreter zu entsenden. (Pfuirufe.) Der Nationalverband sei eben dort nur theoretisch und nicht praktisch anerkannt. (Ruf: Unerhört!) Das Ministerium sollte doch wenigstens über unsere Bewegung sich informieren! Diese Handlungsweise ist ein offener Skandal. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden noch Gelegenheit haben (Ruf: Die Herren runterzuholen!), darüber zu sprechen!

Herr v. Oertzen vom Pommerschen Landbund führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus: Die freien und die christlichen Gewerkschaften haben sich bei uns gewiesen, Sie, die Wirtschaftsfriedlichen, anzuerkennen. Aber da hatte man doch die Rechnung ohne die pommerschen Landwirte gemacht. Die stellten sich geschlossen auf die Seite der Wirtschaftsfriedlichen und erklärten, daß sie von nun im Geeonteil keinen Vertrag mehr mit Sozialistischen und Christlichen machen

würden, und heute gibt's einen Tarifvertrag nur mit den Wirtschaftsfriedlichen. Wir stehen Schulter an Schulter. Wir verlangen von den Regierungen: Heraus endlich mit der Anerkennung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterschaft! (Stürmischer Beifall.) Wir lassen darin nicht locker! (Stürmischer Beifall.) Der Arbeiterschaft, die uns die Treue hält, halten wir wieder die Treue, koste es, was es wolle! (Anhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften, Abg. Geisler, führte dann aus:

Heute und morgen wird ein Stück der Revolution, wird ein Stück der Sozialdemokratie begraben. Die sozialdemokratische Presse, sogar ein Teil des Bürgertums frohlockte bei Ausbruch der Revolution, daß mit dem Umschwung der Dinge auch die gelben Gewerkschaften, die „Klassenverräter", vernichtet seien. Mehr als 150 000 Arbeiter und Angestellte sind jetzt aus den Trümmern dieser gelben Gewerkschaften wieder auferstanden, um sich fest zusammenzuschließen. Wir treten auf als die Ankläger derer, die den 9. November als eine Errungenschaft der deutschen Arbeiterschaft feiern wollen. Ich grüße Sie als die Männer, die in den ersten Reihen der Kämpfer gegen den Bolschewismus stehen. Wir haben uns durchgerungen, obwohl uns die Regierung nicht helfen konnte oder wollte, ohne die Hilfe auch der Unternehmer, die sich selbst kaum vor den rohen Fäusten der Revolution retten konnten. Wir wollen unsere Organisation wieder aufrichten zum Schutze derer, die sich nach Arbeitsruhe und Arbeitsfrieden sehnen. Wir wollen den Kampf aufnehmen gegen die, gegen deren Terror sich selbst die Regierung kaum zu wahren vermag. Nur aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten kann die Gesundung kommen, nur aus ihren Reihen heraus kann der Terror gebrochen werden, der heute die Massen unterjocht. Wir wollen der Arbeiterschaft den Weg weisen und ihr sagen: Zeigt Mut, dann werden wir euch von den Ketten des Terrors freimachen. In wenigen Tagen jährt die Revolution zum zweitenmal. Uns erfüllt es mit Trauer, daß man diesen Tag feiern will. Wir gedenken der unzähligen Toten, die auf fremden Boden starben und die nicht wollten, daß aus ihrer Asche ein Ebert, Scheidemann oder Erzberger entstehen sollten, die für Kaiser und Reich, für das deutsche Vaterland starben. (Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.) Wir wollen dafür sorgen, daß dieser Geist, für den unsere Kollegen starben, in Deutschland wieder erwacht. Das ist

unser Gelöbnis am Vorabend des 9. November.

(Lang anhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende des Nationalen Industriearbeiterverbandes Wiedemann-Berlin erklärte: Wir wollen eine nationale Arbeiterschaft. Das rote Berlin hat heute den ersten Fettfleck auf sein Wappen bekommen. Es soll nicht der letzte sein.

Über die Beziehungen des Versailler Friedensvertrages zur deutschen Arbeiterschaft sprach dann der ehemalige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Frhr. v. Lersner, der seine persönlichen Eindrücke aus den Versailler Verhandlungen schilderte und dessen Ausführungen immer von neuem betonten, daß ohne Revision des Versailler Vertrages alle Schichten des deutschen Volkes zur Sklaverei und zum Untergang verurteilt seien.

Im Anschluß an den Vortrag des Herrn v. Lersner wurde eine entsprechende Entschließung gegen den Versailler Vertrag einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften, Geisler, referierte dann über das Thema

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung auf falschem Wege".

Der größte Teil der deutschen Gewerkschaftler erkennt heute noch nicht, daß 1871 in Versailles die Grundlagen für die ansehnliche Hebung der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geschaffen wurden und daß der Friedensvertrag von Versailles 1920 einen erheblichen Teil der Existenzmöglichkeiten der deutschen Arbeiter und Angestellten vernichtet hat. Die Wegnahme unserer Schiffahrt, Kolonien, großer und reicher Grenzländer und unserer Auslandsguthaben und Handelsniederlassungen usw. hat das deutsche Nationalvermögen um ein Drittel verringert und gleichzeitig die verbleibenden zwei Drittel, auf denen etwa 400 Milliarden Schulden lasten, mit schwer drückenden neuen Jahreslasten belastet. Schon das Defizit unserer Eisenbahn und der Post beträgt jährlich etwa 20 Milliarden, die jährliche notwendige Getreideeinfuhr etwa 15 Milliarden, die Besatzungskosten belaufen sich auf etwa 15 Milliarden, unser jährlicher Kohlentribut an die Entente auf etwa 25 Milliarden Mark. Dazu sind noch Riesenbeträge für viele andere Abgaben an unsere Feinde zu rechnen, so daß der Ertrag der Arbeit des deutschen Volkes durch diese grausame Ausbeutung durch die Entente so sehr verringert, daß von dem Restertrage nicht mehr die 60 Millionen im Deutschen Reiche ernährt werden können. Hinzu kommt noch, daß die Kohlenmenge, die diesen 60 Millionen noch zur Verfügung bleibt, auch auf die Hälfte gesunken ist. Verhungern oder auswandern, das muß das Schicksal desjenigen Teiles des deutschen Volkes werden, der früher von dem Ertrage unseres ausgedehnten Welthandels und der riesigen Ausfuhr Deutschlands ernährt werden konnte, als wir noch ein freies, den Ertrag unserer Arbeit allein genießendes Volk waren. Vorläufig zehren wir noch von der Mitgift des alten Deutschlands mit Hilfe der Notenpresse. Sehr bald muß diese Wirtschaft ihre Ergiebigkeit verlieren und zusammenbrechen. Dann steht vor uns die bange Frage, soll das harte Wort Clemenceaus: „Es sind 20 Millionen Menschen in Deutschland zuviel" dem Willen der Franzosen entsprechend wahr werden?

Eine solche verzweifelte Lage eines Volkes könnte nur gemeistert werden durch gesteigerte Bearbeitung des deutschen Bodens und seiner Bodenschätze, Vermehrung der Arbeitsleistung in allen Betrieben und durch Vermeidung jeglicher innerer Reibungen und jeglicher Kräfteverluste. Wie findet aber diese bittere Schicksalsstunde das deutsche Volk? Die Arbeitszeit ist allgemein eingeschränkt worden, ebenso das Tempo und die Ergiebigkeit der Arbeit. Streik, Tarifbruch, Sabotage wild gewordener Massen und Bürgerkrieg zerrütteten den Rest des uns Verbliebenen. Ein Teil des Volkes erstrebt sogar die Beseitigung der erprobten und allein sachkundigen Führer unseres komplizierten Wirtschaftslebens durch Partei- und Gewerkschaftsagitatoren mit Hilfe der Sozialisierung, einer gründlichen Umgestaltung der gesamten Grundlage unserer Wirtschaft. Alles in allem ist das Bild Deutschlands das: die Wölfe sind in die deutsche Herde eingebrochen, trotzdem raufen sich die Hirten um ein Bündel Wolle, davon der eine Teil unter dem heuchlerischen Vorwand: „für die Allgemeinheit".

Der Grund dieses Wahnsinns ist zum Teil verbrecherischer Art, zum Teil beruht er in dem großen Irrtum, dem das deutsche Gewerkschaftswesen verfallen ist. „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt" ist die Forderung der Revolution. Auf jene Anschauung haben Karl Marx und die Sozialdemokratie ein neues Gedankengebäude für die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung aufgebaut. Sie fordern: man überführe den Besitz an Produktionsmitteln in das Eigentum der Allgemeinheit, gebe allen gleiche wirtschaftliche und politische Rechte, dann werden Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und der Menschheit Völkerbund und Völkerfriede gegeben werden. Dieser sozialdemokratische Glaube ließ unser Volk im Kriege sich selbst entwaffnen, führte im Vertrauen auf die gleiche Gesinnung der Ententevölker zum Zerfall des Heeres und der Front und über dem Zusammenbruch vom 9. November 1918 zur heutigen Versklavung unseres Volkes. Es war ein Harakiri.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat

der Glaube an die Gleichheit des Wollens und Könnens der Menschen zu einem vollständigen Bankrott geführt.

Die Gleichmachung der Arbeitszeit sowie der Löhne und Gehälter durch die uniformierenden Tarife ohne Rücksicht auf Vorbildung, Leistung und Alter, führte zu einem starken Rückgang der Arbeitsfreudigkeit und damit der Produktion. Ein viel stärkeres Anschwellen der Preise, als es durch Lohnerhöhung eingeholt werden konnte, war die vorauszusehende Folge. Die weitere Folge war eine Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen, deren Lage sich bei einer vernünftigen Gewerkschaftspolitik viel günstiger, als sie heute ist, gestaltet hätte. Eine andere Folge dieser Gewerkschaftspolitik war eine unnötige Vergrößerung der Arbeitslosenziffer, weil der Gang des Wirtschaftslebens durch die schematische Einführung der verkürzten Arbeitszeit des Achtstundentages und durch die Zurückhaltung mit der Arbeitsleistung wegen der uniformierenden Lohnpolitik künstlich gehemmt, ja stark eingeschränkt worden ist. Diese Gewerkschaftspolitik führte auch zu einem neuen ungeheuren Anwachsen der Schulden der Gemeinden und Staaten, so daß die dadurch notwendig werdenden sehr starken Erhöhungen der Steuerleistungen der Staatsbürger nicht nur deren Lebenshaltung direkt und indirekt aufs neue verschlechtert haben, sondern zu immer neuen Beunruhigungen des notleidenden Wirtschaftslebens führen mußten.

Die bisherige Gewerkschaftspolitik war in ihrer Aufmachung gleißnerisch und anscheinend erfolgreich und war doch nichts weiter als ein großartiger Massenbetrug und als die tiefere Ursache der Versklavung und der trotz aller hohen Löhne eingetretenen Verelendung der deutschen Arbeiter und Angestellten.

Der Weg des bisherigen Gewerkschaftswesens ist also ein Irrweg gewesen.

Deshalb: los von dem falschen Wahn der Gleichheit des Wollens und des Könnens der Menschen und los von den sich darauf aufbauenden Forderungen nach Sozialisierung und Pazifismus und los von der bisherigen gleichmacherischen Lohnpolitik, die unter dem Vorwande „sozial" den häßlichsten Gruppenegoismus ohne jegliche Rücksichtnahme auf andere Arbeiter, Angestellte und sonstige Volkskreise züchtete. Kein Zeitalter war unsozialer als das sogenannte sozialistische. Nach dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und dem Bauarbeiterverband hat nun auch die „Afa" den Beschluß gefaßt, aus der „Arbeitsgemeinschaft" auszutreten. Und die sozialdemokratischen Massen sind statt einer Masse von Brüdern ein wildes Meer von gegenseitigem Haß und von Verbitterung mit Tausenden von Gräbern aus Brüder- und Bürgerkämpfen geworden. In allem ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung bankrott geworden. Die sogenannten „christlichen" Gewerkschaften sind stark auf dem Abrutsch zu ihnen. Neues Leben sproßt aber aus dem nicht mit der Zeit fortgeschrittenen, in seiner Wirkung reaktionär gewesenen, bisherigen Gewerkschaftswesen. Die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft beginnt, aus den bisherigen Fehlern zu lernen.

Der am 23. Oktober 1919 gegründete Nationalverband Deutscher Gewerkschaften (bereits 150 000 Mitglieder) stellt als neues Gewerkschaftsprogramm auf: Die dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Verbände erstreben deshalb die Vertretung der wirtschaftlichen, geistigen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder möglichst auf dem Wege friedlicher Verständigung, erforderlichenfalls bedienen sie sich aber auch der anderen gesetzlichen Mittel. Der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften ist parteipolitisch und konfessionell neutral.

Helfen kann Deutschland und seiner Arbeiter- und Angestelltenschaft nur eine geistige Erneuerung in dem Sinne, daß künftig jeder Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, wie alle anderen Volksgenossen ihre Arbeit und ihre Interessenvertretung stets nur noch in der sozialen Erkenntnis tun: Gedenke, daß du ein Deutscher bist!

Wolff (Stettin) gab eine Probe davon,

wie der Wahnsinn des Klassenkampfes auf dem Lande verheerend wirkt.

Der Betriebsrat der Berliner Straßenbahn wünschte 50 000 Zentner Kartoffeln. Die Arbeiter bekamen es fertig, auf 15 Gütern zu streiken, weil — die gegen den Kartoffeldiebstahl aufgestellten Gendarmen nicht zurückgezogen wurden. (Hört, hört!) Durch diese wahnsinnige Streikerei erfrieren jetzt über 100 000 Morgen Kartoffeln und Zuckerrüben, genau wie im vorigen Jahre! Ihnen, in der Industrie, gehen alle diese Lebensmittel verloren! (Bewegung!)

Aus Welt und Zeit.

Kommunisten und Neukommunisten.

Auf der Bezirkskonferenz Westfalen-Süd der Kommunistischen Partei ist das Verhältnis zu dem linken Flügel der Unabhängigen, die sich dem Moskauer Diktat unterwerfen haben, eingehend behandelt worden. Der Vertreter der Reichszentrale — Namen werden in dem Bericht der „Freiheit", des Duisburger kommunistischen Blattes auffälligerweise nicht genannt — führte dazu wörtlich aus:

Es haben bereits Vorbesprechungen zwischen der Reichszentrale der K. P. D. und der neugewählten Zentrale der linken U. S. P. stattgefunden, deren Aufgabe die Leitung des Verschmelzungsprozesses und diejenige gemeinsamer politischer Aktionen ist. Es ist eine bindende Abmachung dahin getroffen worden, daß bis auf weiteres keiner der beiden Kontrahenten selbständige Aktionen unternimmt. Es ist ein Vertreterausschuß gewählt worden, in den beide Parteien die gleiche Anzahl von Vertretern entsandt haben; den Vorsitz führt ein Mitglied des Exekutivkomitees.

Man sieht also, daß die Verschmelzung zu einer einheitlichen Partei schon im besten Gange ist.

*

Generaldirektoren für den sozialisierten Bergbau gesucht.

Seitdem die Sozialisierungskommission mit ihren beiden Vorschlägen die Öffentlichkeit beglückt hat, spukt es in den Köpfen der Zechen-Betriebsräte. Sie dünken sich schon als die Herren der Lage und zerlegen bereits das Fell des Bären, ohne ihn bisher erlegt zu haben. Man vergibt nämlich schon die Posten der Generaldirektoren und überlegt allen Ernstes, welche Herren aus dem Bergbau man noch verwenden kann. Den jetzigen Führern des Bergbaues traut man nicht über den Weg. Wie man sich in Bergarbeiterkreisen erzählt, soll der ehemalige Steiger Werner — ein Hauptschreier nach der Sozialisierung — Mitglied des Reichskohlen-Direktoriums werden. An alle diejenigen aber, die auf einen führenden Posten im sozialisierten Bergbau rechnen, ergeht schon jetzt der Ruf, sich schnellstens ein Mitgliedsbuch einer der vier sozialistischen Parteien zu beschaffen und vorläufig fleißig Marken zu kleben. Anmeldungen richte man am besten an die Herren Rathenau und Genossen. Aber auch die Zechen-Betriebsräte nehmen Bewerbungen entgegen.

*

Not bricht alles, selbst — Tarifverträge!

Für die Lage in der Christbaumschmuck-Industrie ist bezeichnend, was in der „Leipziger Mustermesse" zu lesen ist; es heißt da: „Amerikaner gaben auf der Messe Aufträge auf Christbaumschmuck in Höhe von 4—7 Millionen, schrieben aber die Preise vor, die Fabrikanten mußten sie als unmöglich ablehnen. Daher wurde der Auftrag den Betriebsräten vorgelegt — die Amerikaner hatten dafür einen Tag Bedenkzeit bewilligt. Das Preisangebot war so, daß die Arbeiter ihren Lohn um 50 Prozent herabschrauben mußten — sie haben es wirklich getan und arbeiten jetzt für den halben Preis. Not bricht selbst die Fesseln der Tarifverträge.

Aus der Partei.

Westfalen-Nord.

Zum ersten Male seit Bestehen der Partei hatte der Frauenausschuß Vertreterinnen aus dem ganzen Wahlkreisverbande zu einer Frauentagung zusammenberufen. Etwa 60 Teilnehmerinnen waren der Einladung gefolgt. Das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, Frau Fasbender, eröffnete die Sitzung und erteilte der Geschäftsführerin das Wort zu einem eingehenden Referat über den Stand der Organisation. Die Rednerin wies eingangs auf die großen Schwierigkeiten hin, mit denen die politische Organisationsarbeit der Frauen zu kämpfen habe. Sie zeigte, daß der Wahlkreisverband Westfalen-Nord als erster damit begonnen habe, unter den Frauen durch eine hauptamtliche weibliche Kraft politische Aufklärungsarbeit zu leisten und daß es nicht verwunderlich sei, daß diese Arbeit mit allen Schwächen belastet sei und mit allen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, die einer Pionierarbeit nun einmal anhafte. Der Widerstand der männlichen Parteifreunde hätte bekämpft werden, die ursprüngliche Duldung der politischen Mitarbeit durch taktvolles Auftreten der Frau in eine herzliche und verständnisvolle Unterstützung gewandelt werden müssen. Die große Ausdehnung des Arbeitsgebietes, die politische Unerfahrenheit der Frauen, insbesondere in den ländlichen Gegenden, der Mangel an Mitrednerinnen hätten die Arbeit außerordentlich erschwert. Trotzdem sei es gelungen, die Frauenorganisationen um das Doppelte auszubauen und es sei zu beobachten, daß überall dort, wo die Mitarbeit der Frauen wirklich Wurzel gefaßt habe, die Gesamtorganisation der Partei an Lebenskraft gewonnen habe. Im Anschluß daran betonte die Rednerin die starke Notwendigkeit eines energischen Weiterausbaues und wies als praktischen Vorlaufs aller politischen Tätigkeit auf die Gemeindepolitik und die vorbereitende Arbeit in den Fraktionsvorbesprechungen hin. — Als Hauptrednerin des Abends sprach Fräulein Else Lange-Bielefeld über die augenblicklichen Aufgabengebiete der politischen Frauenarbeit, und zwar hob sie aus der Fülle des Stoffes diejenigen Gebiete hervor, die dem Einfluß jeder einzelnen Frau offen stehen. Politische Frauenarbeit sei Dienst am Volke und müsse als solche gewertet werden. Jede politische Arbeit sei nur möglich im Rahmen einer Partei. Mit der kleinen Arbeit sei zu beginnen, um allmählich Erfahrungen zu sammeln und Einfluß zu erlangen. — An der sehr lebhaften Debatte beteiligten sich außer dem Geschäftsführer, der der Sitzung des Frauenausschusses beigewohnt hatte, zahlreiche Frauen aus Bielefeld und weiteren Wahlkreise, so daß diese erste größere Frauentagung als eine durchaus gelungene bezeichnet werden kann.



— **Siegen.** Der Geschäftsstelle ist es gelungen, den jungen politischen Schriftsteller Dr. Stadler aus Berlin, der durch seine Vorträge im Westen in den Ortschaften Iserlohn, Wetter, Witten, Lüdenscheid, Gevelsberg, Hagen und Essen allen Parteifreunden schon bekannt ist, für einen Vortrag in Siegen zu gewinnen. Wir machen unsere Freunde schon heute auf dieses politische Ereignis aufmerksam, bitten sie, für diesen Tag, (in Aussicht genommen ist Samstag, der 27. November 1920) zu werben und durch ihren Besuch unsere Bestrebungen zu unterstützen. Wir können, ohne zu viel zu behaupten, schon heute erklären, daß Dr. Stadler ein erstklassiger Redner mit großen, neuen Ideen ist. Alles nähere wird in der nächsten Nummer unseres Blattes bekannt gegeben.

— **Erndtebrück.** Hier wird am 20 November 1920 im Hotel Dürsch, nachmittags 5¼ Uhr der Vertretertag der Deutschen Volkspartei für den Kreis Wittgenstein tagen. Wie aus der Anzeige ersichtlich, wird an diesem Tage die Wahl der Kreisvorstandsmitglieder des Kreises Wittgenstein erfolgen. Sodann wird Herr Hermann Klingspor — 1. Vorsitzender des Wahlkreises der Deutschen Volkspartei für die Kreise Siegen-Wittgenstein — einen Vortrag über die politische Lage halten. Alle Vertrauensmänner und Mitglieder unserer Partei seien auf die Wichtigkeit dieser Tagung aufmerksam gemacht. Wir hoffen, daß man sein politisches Interesse durch zahlreiches Erscheinen beweisen wird. Die Zugverbindung ist für beide Strecken äußerst günstig. Von Laasphe benutzt man den Zug 4,20 Uhr. der in Erndtebrück um 5,24 Uhr ankommt. Von dort kann man nach Laasphe um punkt 8 Uhr abfahren und ist in Laasphe 8,56 Uhr. Von Berleburg fährt man 4,20 Uhr ab, ist in Erndtebrück 5,20 Uhr und fährt um 8 01 Uhr nach Berleburg zurück. Ankunft dort 8,42 Uhr.

— **Laasphe.** Mittwoch, den 3. November 1920, kamen die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe zu einer wichtigen Besprechung zusammen, zu der Herr Nitschke, Siegen, erschienen war. Die Versammlung, die recht gut besucht war, wurde von Herrn Rektor Steen, dem 1. Vorsitzenden der blühenden Ortsgruppe Laasphe begrüßt. Darauf hielt Herr Nitschke einen einstündigen interessanten Vortrag über die politische Lage, an den sich eine rege Aussprache anschloß. Es wäre zu begrüßen, wenn recht oft solche Versammlungen stattfänden um das politische Interesse unserer Mitglieder wach zu halten, und sie gleichzeitig über die rasch wechselnden politischen Verhältnisse zu unterrichten.

— **Oberwambach,** (Kr. Altenkirchen). Am Freitag, den 13. 11. 20, öffentliche Versammlung bei Gastwirt Christian Ramseger abends 8½ Uhr. Redner: Herr Geschäftsführer Nitschke, Siegen.

Bücher.

Der Siegerländer Heimatkalender für das Jahr 1921.

Der im vorigen Jahre zum ersten Male erschienene Siegerländer Heimatkalender wird auch für das kommende Jahr wieder erscheinen. Der Kalender hat einen solchen Beifall auch über die Grenzen des Siegerlandes hinaus gefunden, daß sich der Verein für Heimatkunde und Heimatschutz entschlossen hat, ihn trotz der Teuerung im Buchdruckgewerbe weiter erscheinen zu lassen. Auch der diesjährige Kalender will wieder Dienst an Volk, Heimat und Vaterland leisten. Für die beschaulichen Stunden in Familie, Haus, Schule und Verein möchte er eine Auswahl des besten bieten, was über die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart gesagt ist. Er will die Erinnerung an die großen Söhne der Heimat pflegen und der Gegenwart das Gewissen schärfen, sich aller Heimatwerte bewußt zu sein. Von den Toten werden Jung Stilling, Diesterweg, Katharina und Elisabeth Diez zu Worte kommen. Von den lebenden Adolf Wurmbach, Rosa Rübsamen, Eduard Schneider-Davids und andere zum Teil in der heimischen Mundart zu ihren Landsleuten reden. In einer Siegerländer Chronik sollen wieder, die für die Heimat wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres zusammengestellt werden. Statistische Ergebnisse über die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung während des Krieges und die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl, Volks- und Viehzählung im Kreise, werden neben anderen wichtigen, praktischen Angaben in dem Kalender Aufnahme finden. Das Kalendarium wird auf vielfachen Wunsch der Landwirte auch die Zeichen des Tierkreises aufnehmen. An reichem Bilderschmuck wird es dem Kalender auch diesmal nicht fehlen. So sollen die Monatsblätter heuer das Spiel der Siegerländer Kinder veranstalten. Der Kalender wird diesmal auch den zum Siegerlande gehörenden Teil des Kreises Altenkirchen berücksichtigen. Damit er als Weihnachtsgabe Verwendung finden kann, wird er rechtzeitig Anfang Dezember erscheinen. Um die Höhe der Auflage bestimmen zu können, bittet der herausgebende Verein, umgehend Bestellungen, namentlich Sammelbestellungen von Schulen und Vereinen an ihn gelangen zu lassen. Der Preis beträgt 4 M und 40 ₰ Postgebühr bei Einzelzusendung. (Anschrift: Verein für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerland nebst Nachbargebieten, Siegen, Postscheckkonto Köln 20 394.)

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 54, sämtlich in Siegen.

Vertretertag der Deutschen Volkspartei
für den Kreis Wittgenstein
in Erndtebrück
am Samstag, dem 20. November, nachm. 5½ Uhr Hotel Dürsch.

Tagesordnung:

1. Wahl der Kreisvorstandsmitglieder des Kreises Wittgenstein.
2. **Vortrag** des 1. Kreisvorsitzenden Herrn **Herm. Klingspor** über: **Die politische Lage.**
3. Besprechung über den Ausbau der Organisation.
4. Verschiedenes.

Nach § 4 der Satzungen des Wahlvereins der Deutschen Volkspartei für die Kreise Siegen—Wittgenstein findet alljährlich eine Hauptversammlung des Kreisvereins statt, zu der die Ortsvereine auf je 30 Mitglieder einen Vertreter entsenden. Ortsvereine, die weniger als 30 Mitglieder haben, wählen einen Vertreter. Mitglieder, die keinem Ortsverein angehören, haben das Recht, auf 30 Mitglieder einen Vertreter zu entsenden. Zur Teilnahme an dieser Versammlung sind alle eingeschriebenen Mitglieder gegen Ausweis ihrer Mitgliedskarte am Saaleingang berechtigt. **Stimmberechtigt** sind jedoch nur die entsandten Vertreter.

Mitglieder! Ortsgruppen!
Entsendet Eure Vertreter zu diesem wichtigen Tage!

Dr. Stadtler kommt!

Walzwerkserzeugnisse:
Bleche, Eisen, Röhren, Draht usw.
der Eisengroßhandlung Gebr. Trier.
An- u. Verkauf von Schrott.
Technische Artikel
für die Industrie, wie: **Riemen, Packungen,**
Öle und Fette usw.
W. H. Dickel, Siegen
Telephon 1907 — Sandstraße 41.

Kapitalist
für aussichtsreiches Schürfunternehmen auf Eisen- und Bleierze gesucht. [466
Schriftl. Anfr. u. H 476 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Schwerhörigkeit
Gehörtrommel, wirkt verblüffend, beseitigt Ohrengeräusche, nervösen Ohrschmerz. Unsichtbar, bequem zu tragen. Aerztl. empf. Glänzende Dankschreib. **Merkur-Vorsand, München S. 217,** Fürkenstr. 104

Fensterglas
Drahtglas
Fabrikglas
(undurchsichtig)
liefert prompt ab Lager
Glashandlung Denzer & Wurm,
G. m. b. H.
SIEGEN, Fernruf 1433.

Sämtliche Reparaturen
an
Kraftfahrzeugen all. Systeme
auch stationären **Motoren** und **Bereifungen**
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. [258
An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.
Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt
Fritz Krüger, Siegen
Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

DRUCKARBEITEN
ALLER ART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT
BUCHDRUCKEREI
G. STEINHAUS, SIEGEN
FERNRUF 472 — KÖLNERSTR. 2 (EINGANG AXESWENDE)